

## Niederschrift

### Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 22.04.2021
<b>Sitzungsbeginn</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende</b>	20:35 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	online

#### Anwesende:

Frau Doris Grote

Herr Sönke Siebke

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Herr Torsten Kowitz

Herr Matthias Malassa

Herr Martin Ahrens

Frau Rita Marcussen

Herr Arne Hansen

Frau Prof. Dr. Ulrike Täck

Frau Miriam Raad

Herr Heiko Evermann

Herr Toni Köppen

Herr Norbert Dachsel

Herr Thomas Thedens

Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat

Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Herr Arne-Michael Berg

Frau Rosemarie Jahn

Herr Holger Weihe

Herr Rainer Schuchardt

Herr Wrage Geschäftsführer WKS

Herr Landrat Schröder

Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung

Herr Blumhagen Bau- u. Umweltverwaltung, Kreisstraßen/Tiefbau

Herr Danger Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung

Vertretung für: Frau Hella Dorando-Marsch

Vertretung für: Herrn Klaus-Peter Schroeder

Herr Hartung Finanzen  
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Frau Hella Dorando-Marsch -  
Herr Klaus-Peter Schroeder -

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
  - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
  - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2021
  - 2.3 Informationen des Landrates
  - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
  - 3.1 Finanzielle Förderung der Volkshochschulen im Kreis Segeberg  
Vorlage: DrS/2016/204-1
  - 3.2 Bildungsregion zukunftsorientiert gestalten - Bildungsmanagement, Bildungsplanung und Bildungsmonitoring im Kreis Segeberg  
Vorlage: DrS/2021/017
  - 3.3 Antrag der WI-SE Fraktion auf Beschaffung von Schlüsselanhängern für das Luca-System  
Vorlage: DrS/2021/070
  - 3.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung von mobilen Testeinrichtungen  
Vorlage: DrS/2021/077
  - 3.5 Marketing für den Gesundheitsstandort Kreis Segeberg - DrS/2019/101 und 101-1  
Vorlage: DrS/2019/101-4
  - 3.6 Nothilfefonds für Kulturschaffende

- 3.6.1 Änderung Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Kulturförderung (Nothilfefonds)  
Vorlage: DrS/2021/049-1
- 3.6.2 Änderungs-/Alternativantrag zur DrS/2021/049 Einrichtung des "SE-KulturStipendiums"  
Vorlage: DrS/2021/049-2
- 3.6.3 Entwurf einer Richtlinie zur Förderung von Kulturschaffenden während der Corona-Pandemie -Kultur-Stipendium Segeberg-  
Vorlage: DrS/2021/049-3
- 3.7 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf Sonderkriterien Kulturförderung  
Vorlage: DrS/2021/057
- 3.8 Neubau Brücke Herrenmühle

**(nichtöffentlich)**

- 3.8.1 Ersatzneubau Brücke Herrenmühle an der Kreisstraße 12  
Ausschreibung der Projektsteuerung und optional der Projektleitung  
Vorlage: DrS/2021/027-1

**(öffentlich)**

- 3.8.2 Ergänzungsantrag zum Neubau der Travebrücke im Zuge der K-12 in Herrenmühle  
Vorlage: DrS/2020/244
- 3.8.3 Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag von Bündnis 90/ Die Grünen zum Neubau der Travebrücke im Zuge der K 12 in Herrenmühle  
Vorlage: DrS/2020/244-1
- 3.8.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu den DrS/2020/244 und 2020/244-1  
Vorlage: DrS/2020/244-3
- 3.9 Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf zusätzliche Mittel zur Sonderbedarfswweisung zur Förderung des Ausbaus von Gemeindeverbindungsweegen  
Vorlage: DrS/2021/063
- 3.9.1 Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf zusätzliche Mittel zur Sonderbedarfswweisung zur Förderung des Ausbaus von Gemeindeverbindungsweegen  
Vorlage: DrS/2021/063-1

- 3.10 Freigabe von einer im Stellenplan 2021 mit Sperrvermerk versehenen Stelle im zentralen Ansatz des Fachdienstes 11.00 - Personal, Organisation und Verwaltungsdigitalisierung  
Vorlage: DrS/2021/035
- 3.11 Zweiter Entwurf der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, hier: Stellungnahme des Kreises  
Vorlage: DrS/2021/007
- 3.12 Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Segeberg  
Vorlage: DrS/2021/056
- 3.13 Bestellung eines Prüfers  
Vorlage: DrS/2021/015
- 3.14 Festsetzung der Kreisumlage
- 3.15 Änderungsliste
- 4 Berichte/Informationen
- 4.1 Vorabinformationen zum Jahresabschluss 2020 des Kreises Segeberg  
Vorlage: DrS/2021/074
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

**(nichtöffentlich)**

- 7 Ernennung der Fachbereichsleitung "Soziales, Arbeit, Gesundheit"  
Vorlage: DrS/2021/036
- 7.1 Ernennung der Fachbereichsleitung "Soziales, Arbeit, Gesundheit"  
Vorlage: DrS/2021/036-1
- 8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises

**Protokoll:**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.  
Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)**

## **zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

## **zu 2 Formalien**

### **zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Der Landrat kündigt an, den Bericht aus den Beteiligungen unter TOP 2.3 (Informationen des Landrats) zu halten. TOP 7 bzw. 7.1 kann abgesetzt werden, weil erneut kein/e geeignete/r Bewerber\*in gefunden wurde.

Frau Grote teilt mit, dass der Antrag der Fraktion die Grünen zum Neubau der Brücke Herrenmühle für diese Sitzung zurückgezogen worden sei, da zunächst eine Beratung im UNK stattfinden solle. Die TOPs 3.8.2, 3.8.3 und 3.8.4 entfallen damit.

Herr Kowitz beantragt die Absetzung der TOPs 3.6.1, 3.6.2 und 3.6.3, da diese zunächst im BKS am 27.04.2021 beraten werden sollen und anschließend im nächsten Hauptausschuss am 04.05.2021 auf die Tagesordnung kommen könnten. Herr Köppen erkundigt sich, ob eine Aufnahme auf die Tagesordnung des BKS per Dringlichkeit gewährleistet sei. Der Landrat sagt zu, dass dies möglich sei.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

### **zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2021**

Frau Marcussen merkt an, dass Sie in der letzten Sitzung durch Frau Cordula Schultz vertreten wurde, dies aber in der Anwesenheitsliste nicht berücksichtigt wurde.

Die Niederschrift wird mit der Änderung genehmigt.

### **zu 2.3 Informationen des Landrates**

Der Landrat informiert über folgende Themen:

- Dem Kreis wurden bis Ende der 14. KW 111 geflüchtete Personen zugewiesen.
- Der Kreis habe 5.000 Luca-App Schlüsselanhänger bestellt. Diese seien am heutigen Tag an die Verwaltungen der Ämter, amtsfreien Gemeinden und Städte verteilt worden. Bei Bedarf könne nachbestellt werden. Der Datenschutz prüfe derzeit noch die Luca-App, die Nutzung sei aber freiwillig.
- Zu den angekündigten „Strandkorbkonzerten“ in Hartenholm liegen dem

Kreis noch keinerlei Genehmigungsanträge vor. Hier müsse ggf. neben den ohnehin erforderlichen Prüfungen auch der Infektionsschutz eingebunden werden. Es handle sich bei den Veranstaltern aber um Profis.

- Für die GU Warder gebe es rund 60 Interessenten, zur Zeit würden (corona-konform) Besichtigungen vorbereitet.
- Der Verkauf der Rettungswache Bad Bramstedt werde neu angeschoben, nachdem beide Interessenten vom Kauf zurückgetreten seien.
- Für die Rettungswache Kaltenkirchen laufe das Verkaufsverfahren mit der Stadt Kaltenkirchen, vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistags.
- Die Verträge für die Abwicklung des digitalen Antragsverfahrens für Schülerfahrkarten „OLAV“ seien geschlossen worden. Ab 11.05. solle die digitale Antragstellung über die Website möglich sein.
- Die Brücke Herrenmühle sei verengt worden, so dass Fahrzeuge über 2,30 m Durchfahrtsbreite diese nicht mehr passieren können. In der Presse habe es einen Bericht gegeben, wonach eine Fahrerin die Breite der Spiegel nicht berücksichtigt habe und deshalb Schäden am Fahrzeug entstanden seien.
- Das Verwaltungsgericht habe entschieden, dass ein Sonnenstudio im Kreis den Tatoostudios und Friseuren gleichgestellt sei und deshalb öffnen dürfe. Das Land kläre die Auswirkungen für alle Sonnenstudios.
- Das Land habe die Haushaltssatzung 2021 zur Kenntnis genommen. Es gebe keine genehmigungspflichtigen Teile. Gleichwohl mahne das Land eine Haushaltskonsolidierung an.
- Der Landrat gibt den Schuldenstand zu Protokoll.
- Künftig werden anhand einer Karte die Corona-Infektionszahlen auf Gemeinden- bzw. Ämterebene gezeigt. Diese Grafik werde künftig wöchentlich auf der Homepage des Kreises aktualisiert. Es gebe aber keine speziellen Maßnahmen oder Lockerungen für Städte oder Gemeinden mit besonders hohen oder niedrigen Zahlen. Maßnahmen würden immer auf Grundlage der kreisweiten Zahlen ergriffen. Auf Nachfrage von Frau Grote erklärt der Landrat, dass zur Zeit an den großen Schulstandorten keine ungewöhnlich hohen Infektionszahlen zu verzeichnen seien. Es seien einige Kitas und Großbetriebe betroffen, die Entwicklung im Kreis sei positiv. Es handle sich häufig um die britische Variante, die im familiären Bereich übertragen werde.

Herr Schuchardt erkundigt sich, ob die Teststationen auch vom Gesundheitsamt überwacht werden. Ihm sei berichtet worden, dass an einigen Standorten die testenden Personen morgens nicht getestet werden oder Einmalhandschuhe den ganzen Tag über nicht gewechselt werden. Der Landrat teilt mit, dass die Organisationen für die Hygienemaßnahmen vor Ort selber zuständig seien. Der Kreis habe eine Überwachungsfunktion. Dieser könne aber aufgrund der hohen Arbeitsbelastung kaum nachgekommen werden. Er bittet ggf. um konkrete Benennung der Orte. Herr Dachsel fragt nach, ob auch Lockerungen beim Sport angedacht seien. Der Landrat teilt mit, dass hierzu stets Aktualisierungen auf der Seite des Landes veröffentlicht werden.

Herr Evermann bemängelt, dass es laut einem Presseartikel keinen barrierefreien Zugang ins Impfzentrum Wahlstedt gebe. Der Landrat erklärt, dass der Kreis im November innerhalb von 14 Tagen geeignete Standorte finden und einrichten musste. Die Suche nach Immobilien sei sehr schwierig gewesen.

Der Zustand sei natürlich nicht zufriedenstellend, aber größere bauliche Maßnahmen seien vom Eigentümer nicht geduldet und wären vom Land nicht refinanziert worden. Es sei jetzt jeweils ein Soldat der Bundeswehr dafür zuständig, Rollstuhlfahrern etc. beim Zugang ins Impfzentrum zu helfen.

Der Landrat gibt außerdem den Bericht aus den Beteiligungen zu Protokoll (s. TOP 8)

## **zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten**

Der Kreispräsident teilt mit, dass die Kreistagssitzung am 06.05.2021 in der Kreissporthalle stattfinden wird. Die Dauer der Sitzung sollte 3 Stunden nicht überschreiten, ggf. müsste die Tagesordnung um einige Punkte gekürzt werden. Es wird eine Covid-Testungsmöglichkeit vor Ort geben. Die Teilnehmer\*innen können sich alternativ in einem Testzentrum testen lassen. Wer sich nicht testet, müsste die gesamte Sitzungszeit über eine Maske tragen.

## **zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung**

### **zu 3.1 Finanzielle Förderung der Volkshochschulen im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2016/204-1**

Es werden keine Fragen gestellt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt:

1. Die Volkshochschulen im Kreis Segeberg werden in den Jahren 2022 ff. für die im Sachverhalt zur Vorlage DrS 2016/204-1 genannten Angebotsbereiche (1-4) mit jährlich 80.130,00 Euro bis zum Jahr 2026 gefördert (Strukturförderung).
2. Für die Fortsetzung der Integrationsarbeit erhalten die hauptamtlichen Volkshochschulen in Bad Segeberg, Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg und Norderstedt als BAMF Schulungsort jeweils eine Summe in Höhe von 10.000,00 Euro jährlich.
3. Für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie erhalten die hauptamtlichen Volkshochschulen in Bad Segeberg, Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg und Norderstedt ab dem Jahr 2022 jeweils eine Summe in Höhe von 10.000,00 Euro jährlich.
4. Die Verwaltung wird mit dem Abschluss entsprechender Förderverträge beauftragt.
5. Die Volkshochschulen verpflichten sich, jährlich im Ausschuss über ihre Arbeit zu

berichten

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen	2			<b>2</b>
FDP	1			<b>1</b>
AfD	1			<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>			<b>12</b>

### **zu 3.2 Bildungsregion zukunftsorientiert gestalten - Bildungsmanagement, Bildungsplanung und Bildungsmonitoring im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2021/017**

Herr Kowitz bemängelt, dass aus der Vorlage nicht hervorgehe, was in den letzten 5 Jahren erreicht wurde. Das Land sei für diese Aufgabe zuständig und weiteres Personal beim Kreis zu verstetigen, sehe er kritisch. Außerdem hätten die BBZen mehr Personal für die Aufgabe der Schulentwicklungsplanung erhalten. Der Landrat teilt mit, dass dies nicht der Fall sei.

Herr Stankat erklärt, dass die Vorlage ausführlich darstelle, welche Aufgaben das Bildungsmanagement und –monitoring bearbeiten würden. Es gehe nicht um zusätzliche Stellen, sondern lediglich um deren Finanzierung. Bisher seien diese vom Bund finanziert worden. Die Aufgaben der Bildungsinfrastruktur, Schulentwicklungsplanung, offener Ganztage, Volkshochschulen, Schulsozialarbeit, Übergang Kita-Schule und Schule-Beruf seien sehr vielfältig und originäre Aufgaben des Kreises. Es bestehe mittlerweile ein großes und wertvolles Netzwerk der unterschiedlichen Akteure. Herr Kowitz hält dennoch den Kreis nicht für zuständig, zumal die Städte eigenes Personal für die Schulentwicklungsplanung hätten. Er halte lediglich eine Stelle für die Bereiche BBZen und VHS für notwendig, die anderen 1,5 Stellen nicht. Herr Stankat verweist darauf, dass der Kreis eine gesetzliche Verpflichtung habe, die Schulentwicklungsplanung für den allgemeinen Schulbereich sicherzustellen. Der Landrat ergänzt, dass die Aufgabe Schulentwicklungsplanung ein ständiger Prozess sei, der nie ende.

Herr Kowitz spricht sich dafür aus, den Beschluss erst nach Vorlage des Personalberichts in der Kreistagssitzung am 17.06.2021 zu fassen. Der Landrat gibt zu bedenken, dass ein zeitnahe Beschluss wichtig sei, um den Mitarbeiter\*innen eine frühzeitige Perspektive bieten zu können. Anderenfalls bestehe die Gefahr, dass diese sich bei anderen Kreisen bewerben.

Herr Köppen hält es für wichtig, den Beschluss nicht zu lange zu verzögern und eine Entscheidung im Kreistag am 06.05.2021 zu fassen. Frau Lessing weist darauf hin,

dass der BKS sich ausgiebig mit der Vorlage auseinandergesetzt habe und die Verstärkung der Stellen eine notwendige Konsequenz sei. Auch sie spricht sich für einen Beschluss am 06.05.2021 aus. Frau Marcussen ergänzt, dass die Kernfrage sei, ob die Aufgaben weiter bearbeitet werden sollen oder nicht. Ohne Personal könne keine Bearbeitung stattfinden. Herr Hansen lobt die hervorragende Arbeit des Teams, diese sei beispielhaft im Land. Bildung sei eine Investition in die Zukunft und er halte einen Beschluss am 06.05.2021 für wichtig.

Die Vorlage wird auf Antrag der CDU-Fraktion zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

**zu 3.3 Antrag der WI-SE Fraktion auf Beschaffung von Schlüsselanhängern für das Luca-System  
Vorlage: DrS/2021/070**

Herr Köppen dankt der Verwaltung für die bereits erfolgte Bestellung der 5.000 Schlüsselanhänger. Er halte die Anzahl jedoch für zu gering und es sollten schon im Vorwege zeitliche Verzögerungen durch Lieferzeiten vermieden werden. Der Landrat teilt mit, dass es sich um eine Aufgabe der laufenden Verwaltung handle und eine Nachbestellung jederzeit möglich sei. Auch der Hersteller habe empfohlen, nicht zu viele auf einmal zu bestellen und die Abnahme abzuwarten. Neben der Registrierung mit der App sei in allen Geschäften und Restaurants eine Registrierung per Zettel möglich. Frau Raad und Herr Kowitz sprechen sich dafür aus, den tatsächlichen Bedarf abzuwarten.

**Beschlussvorschlag:**

Die WI-SE beantragt:

1. Der Verwaltung wird beauftragt, vorerst 10.000 Schlüsselanhänger für die Luca-App zu beschaffen und die kostenfreie Abgabe an Personen ohne Smartphone aus dem Kreis Segeberg zu organisieren. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind bereitzustellen und falls erforderlich über den Nachtragshaushalt einzuwerben.

2. Die Verwaltung wird gebeten auf der Homepage des Kreises Segeberg über die Schlüsselanhänger zu informieren und über die Nutzung aufzuklären.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU		4		<b>4</b>
SPD		2		<b>2</b>
B 90/ Die Grünen		2		<b>2</b>
FDP		1		<b>1</b>
AfD		1		<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>	<b>10</b>		<b>11</b>

(1 stimmberechtigtes Mitglied nicht online erreichbar)

**zu 3.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung von mobilen Testeinrichtungen**  
**Vorlage: DrS/2021/077**

Herr Hansen teilt mit, dass der Antrag zwischenzeitlich überholt sei und ggf. nur noch weiße Flecken zu prüfen seien. Der Landrat erklärt, dass es mittlerweile 40 Standorte im Kreisgebiet gebe und somit auch Bewohner\*innen von kleineren Gemeinden ein Testzentrum in erreichbarer Entfernung aufsuchen könnten. Herr Hansen zieht den Antrag daraufhin zurück.

**zu 3.5 Marketing für den Gesundheitsstandort Kreis Segeberg -**  
**DrS/2019/101 und 101-1**  
**Vorlage: DrS/2019/101-4**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des OVG empfehlen dem Hauptausschuss und dem Kreistag, im Nachtragshaushalt 2021 des Kreises Segeberg der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg 35.000 Euro für werbliche Maßnahmen für den Gesundheitsstandort Kreis Segeberg zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen	2			<b>2</b>
FDP	1			<b>1</b>
AfD	1			<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>			<b>12</b>

**zu 3.7 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf Sonderkriterien Kulturförderung**  
**Vorlage: DrS/2021/057**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Segeberg hat für das Jahr 2021 die Haushaltsmittel für Kulturschaffende im Kreis Segeberg bereits aufgestockt. Dabei gelten im Grundsatz die Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg. Aufgrund der Notlage im kulturellen Bereich infolge der pandemiebedingten Schließungen gelten

folgende Sonderkriterien, zeitlich bis zum 31.12.2021 begrenzt, bei der Höhe der förderfähigen Kosten und der Förderquote, denen der Hauptausschuss zustimmen möge:

1. Förderfähig sind künstlerische und kulturelle Vorhaben und Maßnahmen im konsumtiven Bereich, die das Kulturangebot im Kreis Segeberg bereichern.
2. Gemäß Punkt 3.7 der Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg wird von der Regelförderquote von 20 % der als förderfähig anerkannten Kosten abgewichen und eine Förderquote von 50 % festgesetzt. Es besteht ein besonderes öffentliches Interesse an der Wiederbelebung der Kulturszene im Kreis, die aufgrund der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Schließungen kultureller Einrichtungen und die Untersagung kultureller Veranstaltungen mit Publikum zum Erliegen gekommen ist.
3. Vorhaben/Maßnahmen mit förderfähigen Kosten unter 1.200 € sind nicht zuwendungsfähig.
4. Die Zuwendungshöhe je Antragsteller ist auf maximal 20.000 € begrenzt. Damit betragen die maximal förderfähigen Kosten 40.000 €.
5. Zuwendungsempfänger können gemeinnützige juristische Personen, Gebietskörperschaften und natürliche Personen sein. Kreiseigene Einrichtungen sind nicht antragsberechtigt.
6. Die Anträge können laufend eingereicht werden, sollten aber möglichst bis zum 31.07.2021 vorliegen, damit der zuständige Ausschuss in seiner jeweils nächsten Sitzung über die Vorhaben einzeln entscheiden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen	2			<b>2</b>
FDP	1			<b>1</b>
AfD	1			<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>			<b>12</b>

### **zu 3.9 Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf zusätzliche Mittel zur Sonderbedarfszuweisung zur Förderung des Ausbaus von Gemeindeverbindungswegen Vorlage: DrS/2021/063**

Herr Köppen bemängelt, dass seitens des WZV keine höheren Bedarfe angemeldet worden seien und der Antrag nicht im WRI beraten wurde. Herr Hansen verweist auf den Ergänzungsantrag, dass das Geld nur bereitgestellt werden soll, wenn die

Rasengittersteine mit der glatten Seite nach oben verbaut werden. Es gebe eine immense Gefahr für Radfahrer, wenn die raue Seite oben sei. Dies entspräche auch den Empfehlungen des Radverkehrsbeirats und sei aufgrund der Verkehrssicherungspflicht geboten. Es solle nicht erst abgewartet werden, bis sich schwere Unfälle ereignet hätten. Herr Köppen unterstützt den Antrag und spricht sich dennoch für eine vorige Beratung im WRI aus. Auch Herr Evermann ist dieser Ansicht.

Herr Ahrens erklärt, dass die Vertreter des WZV im letzten WRI erwähnt hätten, einen Mehrbedarf in diesem Jahr verbauen zu können, deshalb sei der Antrag von den Fraktionen gestellt worden. Herr Dieck verweist darauf, dass der Kreis nicht Straßenbaulastträger sei und somit formell kein Mitspracherecht habe. Er sehe die Fachlichkeit ebenfalls im Ausschuss und spricht sich für eine Sperrvermerk bis zur Entscheidung aus.

Der Landrat teilt mit, dass die Erfahrung der letzten Jahre zeige, dass die Mittel nicht fristgerecht abgerufen werden konnten. Somit sei aus seiner Sicht eine Verpflichtungsermächtigung für 2022 ausreichend. So könne die Thematik im WRI noch diskutiert werden. Herr Kowitz hält dies für einen gangbaren Weg, die Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss und der Kreistag mögen beschließen, dass zusätzlich 250.000,00 Euro als Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 zur Sonderbedarfszuweisung zur Förderung des Ausbaus von Gemeindeverbindungswegen I. Klasse mit Rasengittersteinen oder Muldenrinnensteinen eingesetzt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen			1	<b>1</b>
FDP			1	<b>1</b>
AfD	1			<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>9</b>		<b>2</b>	<b>12</b>

**zu 3.9.1 Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf zusätzliche Mittel zur Sonderbedarfszuweisung zur Förderung des Ausbaus von Gemeindeverbindungswegen  
Vorlage: DrS/2021/063-1**

Diskussion s. TOP 3.9

**zu 3.10 Freigabe von einer im Stellenplan 2021 mit Sperrvermerk versehenen Stelle im zentralen Ansatz des Fachdienstes 11.00 - Personal, Organisation und Verwaltungsdigitalisierung**  
**Vorlage: DrS/2021/035**

Herr Gerberding erläutert, dass vor 2 Jahren die Teamleitungen eingeführt worden seien. Der Pool von 15 Stellen sei zentral im Fachdienst 11.00 angesiedelt. Ursprünglich hätte jede/r Teamleiter\*in einen Stellenanteil von 0,25 erhalten, inzwischen seien individuelle Anpassungen der Anteile erfolgt. Deshalb werde die 15. mit Sperrvermerk versehene Stelle nun benötigt. Herr Kowitz spricht sich dafür aus, die Stellen in die entsprechenden Fachdienste zu überführen, da es in vielen Fachdiensten ohnehin freie Stellen gebe und die Bedarfe darüber gedeckt werden könnten. Herr Gerberding erklärt, dass es nicht sinnvoll sei, aus offenen Stellen Zeitanteile zu entnehmen, um den Sperrvermerk zu schonen. Die zentrale Zuordnung der Teamleitungsanteile sei für die bessere Übersicht derzeit notwendig. Eine Überführung in die Fachdienste solle zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Herr Kowitz verweist darauf, dass in den letzten Jahren viele neue Stellen geschaffen worden seien und in Zukunft strukturelle Veränderungen anstehen würden. Er erkundigt sich, wann der Personalbericht zur Verfügung stehen werde. Der Landrat teilt mit, dass dieser für die Juni-Sitzung des Hauptausschusses vorgesehen sei. Aufgrund der Haushaltswahrheit und -klarheit sei eine Besetzung der Stellen notwendig, so wie sie im Stellenplan vorgesehen sei. Sollten sich freie Stellenanteile ergeben, würden diese zurückgegeben. Auf Nachfrage von Frau Grote erklärt der Landrat, dass die Besetzungsquote derzeit bei etwa 93 % inklusive der neuen Stellen liege. Die jährliche Fluktuation liege bei ca. 5 %. Viele Stellen könnten durch lange Kündigungsfristen bei den vorigen Arbeitgebern erst spät tatsächlich besetzt werden.

Herr Kowitz beantragt eine Vertagung der Vorlage bis zur Vorlage des Personalberichts.

**Antrag der CDU-Fraktion:**

Die Beschlussfassung erfolgt erst nach Veröffentlichung des Personalberichts.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD		3		<b>3</b>
B 90/ Die Grünen		1		<b>1</b>
FDP		1		<b>1</b>
AfD	1			<b>1</b>
WI-SE		1		<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>6</b>		<b>11</b>

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss beschließt, die bisher mit Sperrvermerk im Stellenplan 2021 versehene Stelle Nr. 0.11140.0116.1 (1,0-VZS S15) im Fachdienst 11.00 – Personal, Organisation und Verwaltungsdigitalisierung freizugeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU		4		<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen	1			<b>1</b>
FDP	1			<b>1</b>
AfD		1		<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>5</b>		<b>11</b>

### **zu 3.11 Zweiter Entwurf der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, hier: Stellungnahme des Kreises Vorlage: DrS/2021/007**

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der 2. Entwurf zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans wird zur Kenntnis genommen.

Es wird erneut angeregt, in die Liste der auszubauenden Schienenverbindungen unter Ziff. 4.3.2 Abs. 5 auch die Bahnstrecke Bad Oldesloe-Neumünster aufzunehmen mit dem Ziel, die baulichen Voraussetzungen für einen Halbstundentakt zu schaffen.

Die Aufnahme eines gesonderten Kapitels 4.3.6 zum Rad- und Fußverkehr wird begrüßt.

Es wird angeregt, zum Thema Flächenverbrauch auf den besonderen Bedarf der „Hamburg-Randgebiete“ für die wirtschaftliche, verkehrliche und wohnbauliche Entwicklung hinzuweisen.

Es wird angeregt, auf die Bedeutung der A 20 für die wirtschaftliche und verkehrliche Entwicklung des Kreises Segeberg hinzuweisen und diese weiter als Landesentwicklungssachse vorzusehen.

Der Kreis fordert das Land auf, die Radschnellwege als Landesstraßen zu klassifizieren, die in der Baulastträgerschaft des Landes liegen.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme der Verwaltung und die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Rand verwiesen.

**zu 3.12 Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Segeberg**  
**Vorlage: DrS/2021/056**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die 5. Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Segeberg der Hauptsatzung des Kreises Segeberg in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen	1			<b>1</b>
FDP	1			<b>1</b>
AfD	1			<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>			<b>11</b>

**zu 3.13 Bestellung eines Prüfers**  
**Vorlage: DrS/2021/015**

Herr Danger stellt sich vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss:  
Herr Henning Danger wird zum Prüfer für das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen	1			<b>1</b>
FDP	1			<b>1</b>
AfD	1			<b>1</b>
WI-SE	1			<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>			<b>11</b>

### zu 3.14 Festsetzung der Kreisumlage

Frau McGregor erläutert, dass die Kommunen angehört und die Antworten zur Verfügung gestellt worden seien. Die Mehrheit der Kommunen hätten sich für eine Senkung um 2 % ausgesprochen. Die oft genannte Aussage, dass der Kreis keine Überschüsse erzielen dürfe, sei jedoch falsch. Die finanziellen Auswirkungen der unterschiedlichen prozentualen Senkungen seien in einer Tabelle dargestellt, wobei nach den neuesten Zahlen schon bei einer Senkung um 1 Punkt ein Defizit im Kreishaushalt entstehen würde.

Auf Nachfrage von Herrn Kowitz erklärt Frau McGregor, dass der zusätzliche netto-Mehrbedarf für die Kita-Finanzierung von 5 Mio Euro aus den Zahlen von Januar und Februar 2021 hochgerechnet worden sei. Über die weitere Entwicklung werde in den Quartalsberichten informiert. Der Landrat ergänzt, dass andere Kreise mit vergleichbaren Zahlen rechnen würden.

Herr Schuchardt erklärt, dass der Kreis sich nicht für eine Kreisumlagensenkung verschulden sollte und spricht sich für eine Senkung um 0,5 % aus. Frau Raad schließt sich dem an und erklärt, die Kreisumlage um 0,75 % senken zu wollen.

Herr Köppen kann die Erwartungshaltung der Kommunen verstehen, da der Kreis in 2020 einen Überschuss von 12 Mio Euro erwirtschaftet habe. Er regt an, den Kommunen eine Übersicht der Big-Points des letzten Jahres zur Verfügung zu stellen, damit die Höhe des Überschusses besser nachvollziehbar sei. Die Mehrbelastung durch die Kita-Finanzierung sei jedoch sehr hoch, so dass er eine Senkung der Kreisumlage um 0,75 % favorisiere.

Frau McGregor weist darauf hin, dass in der Änderungsliste von einem Überschuss in Höhe von 3 Mio Euro ausgegangen werde. Es gebe jedoch noch zwei Änderungen. Aus der Fleischbeschau gebe es einen Mehrbetrag von 350.000 €. Außerdem seien für die Corona-Verstärkerbusse 255.000 € geplant worden, wovon nach aktuellen Aussagen nur noch 160.000 € benötigt werden. Dies bedeute eine Verbesserung von 95.000 €.

Herr Kowitz erklärt, dass bezüglich der Kita-Finanzierung Nachbesserungen vom Land angekündigt seien. Im Kreis gebe es 14 Gemeinden, die einen Überschuss erwirtschaftet hätten, aber 81 mit einem Fehlbetrag. Aufgrund des erneuten Überschusses des Kreises spricht er sich für eine Senkung um 2 % aus.

Herr Hansen teilt mit, dass nach wie vor schwer einzuschätzen sei, wie der Haushalt sich entwickeln werde. Er schlägt einen Mittelweg von 0,75 % Senkung aus, so würde keine Verschuldung entstehen. Herr Evermann schließt sich den Ausführungen von Herrn Hansen an. Er sieht keinen Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage.

Herr Ahrens spricht sich dafür aus, dass aufgrund der hohen Rücklagen aus den Vorjahren nun auch ein Fehlbetrag finanzierbar sei. Frau Lessing ergänzt, dass den

Kommunen nicht vermittelbar sei, keine Senkung der Kreisumlage durchzuführen. Die angestrebte Eigenkapitalquote von 30 % sei zudem auch erreicht, so dass der Kreis insgesamt sehr gut dastehe. Sie schlägt eine Senkung um 1,5 % vor.

Die Vorsitzende lässt über die Vorschläge abstimmen.

**Antrag der CDU-Fraktion:**

Die Kreisumlage wird um 2% gesenkt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD		3		<b>3</b>
B 90/ Die Grünen		1		<b>1</b>
FDP		1		<b>1</b>
AfD		1		<b>1</b>
WI-SE		1		<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>4</b>	<b>7</b>		<b>11</b>

**Antrag der SPD-Fraktion:**

Die Kreisumlage wird um 1,5% gesenkt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD	3			<b>3</b>
B 90/ Die Grünen		1		<b>1</b>
FDP		1		<b>1</b>
AfD		1		<b>1</b>
WI-SE		1		<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>4</b>		<b>11</b>

**zu 3.15 Änderungsliste**

Frau McGregor weist darauf hin, dass im BKS ggf. noch haushaltsrelevante Beschlüsse gefasst werden. Eine neue Änderungsliste werde zum Hauptausschuss am 04.05.2021 zur Verfügung gestellt. In der Anlage zur Sitzung befinde sich eine Anfrage der CDU Fraktion zum Haushalt sowie die entsprechenden Antworten.

Herr Kowitz beantragt, Punkt 1 der Darstellung der verzögerten Maßnahmen (s. Seite 2 des Antwortschreibens zur Anfrage) zu streichen, weil laut Verwaltung eine Umsetzung in 2021 nicht erfolgen werde.

### **Antrag der CDU-Fraktion:**

Die Kosten für die Smartboards in den Förderzentren in Höhe von 138.900 € werden gestrichen.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			<b>4</b>
SPD		4		<b>3</b>
B 90/ Die Grünen		1		<b>1</b>
FDP			1	<b>1</b>
AfD			1	<b>1</b>
WI-SE			1	<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>11</b>

## **zu 4 Berichte/Informationen**

### **zu 4.1 Vorabinformationen zum Jahresabschluss 2020 des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2021/074**

Frau McGregor erklärt, dass die Situation zum Jahresabschluss in der Vorlage dargestellt werde. Das RPA prüfe die Zahlen derzeit. Danach werde eine Beschlussvorlage für den Kreistag erstellt. Die mathematische Prognose weiche um 2 Mio Euro von der manuellen Prognose ab. Auch die Risiken seien im Lagebericht dargestellt, wobei die finanziellen Auswirkungen von Corona ab 2023 nicht absehbar seien. Ein Polster für die nächsten Jahre sei sehr sinnvoll.

Herr Dieck dankt für die schnelle Bearbeitung des Jahresabschlusses unter Coronabedingungen. Er erkundigt sich zur bilanziellen Abschreibung (Seite 14, zu Zeile 14), warum die Rettungswache Kaltenkirchen dort mit 0,8 Mio € aufgeführt sei, obwohl der Verkauf gerade erst angeschoben werde. Frau McGregor sagt eine Beantwortung für das Protokoll zu.

Weiter fragt Herr Dieck nach, weil auf Seite 46 von einer Organisationsveränderungen gesprochen werde und eine Umbenennung des FD 11.00 in „Personal, Organisation und Verwaltungsdigitalisierung“ erfolgt sei. Gleichzeitig werde eine Stabsstelle (L unterstellt) „Digitalisierungsbeauftragte\*r“ eingeführt. Der Landrat erklärt, dass es sich nicht um eine neue Stelle handle, diese wurde aus dem FD 11.00 ausgegliedert. Die Stabsstelle diene als Ansprechpartner und Koordinator für alle Mitarbeiter\*innen der Fachdienste, die zum Beispiel mit der E-Akte, dem OZG, der Digitalisierung von Schulen oder der digitalen Bauakte beschäftigt seien. Außerdem sei der „Chief Digital Officer“ für die Erstellung von Konzepten und als Ansprechpartner für die Politik und Dritte tätig.

Auf Nachfrage von Herrn Köppen teilt der Landrat mit, dass der Kreis mit den ehe-

maligen Durchführern des Rettungsdienstes im Gespräch bezüglich der Endabrechnung sei. Alle Krankenkassen müssten jedoch zustimmen, was enorm viel Zeit kostete.

Herr Kowitz erkundigt sich, warum in der Haushaltssatzung 746 Stellen genannt seien und im Abschlussbericht (Seite 46) von 919 gesprochen werde. Herr Gerberding erklärt, dass es sich um 746 Stellen handle, die aufgrund von Teilzeit mit insgesamt 919 Mitarbeiter\*innen besetzt seien. Frau Grote erklärt, dass sie die im Risikobericht genannten enorm gestiegenen Personalkosten für ein hohes Risiko halte.

Anmerkung der Verwaltung:

*Bei dem im Lagebericht auf Seite 14 erwähnten Verkauf der Rettungswache ist der Verkauf des Grundstücks „Dodenhof“ für die neu zu erstellende Rettungswache in Kaltenkirchen gemeint. Der Verkauf an den Investor dieses Grundstücks wurde in 2020 abgewickelt. Das Grundstück ist zum Buchwert in Höhe von 0,8 Mio. € verkauft worden.*

## **zu 5      Verschiedenes**

### **zu 5.1    Anfragen**

Herr Kowitz erkundigt sich, ob es stimme, dass Neubaugebiete teilweise nicht zeitnah mit schnellem Internet versorgt werden könnten. Der Landrat sagt eine Antwort zu Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Frau Maßow hat zwischenzeitlich mit den Gemeinden Stukenborn und Wakendorf II Kontakt aufgenommen und in zwei Punkten Unterstützung angeboten.*

*Zunächst sei eine Kontaktaufnahme zum Breitbandkompetenzzentrum SH (BKZSH) empfohlen worden. Das BKZSH unterstützt Kommunen unter anderem genau in solchen Situationen. Sollte das BKZSH nicht weiterhelfen können, würde der Kreis versuchen, die betroffenen Bereiche mit in die Ausschreibungen der „weißen Flecken“ auf Kreisebene einzubeziehen.*

*Zur Zeit läuft die Ausschreibung für das Planungsbüro, das die Vorplanungen (technisch und wirtschaftlich) übernehmen wird. Es wird damit gerechnet, dass spätestens im 1. Quartal 2022 der Ausbau der weißen Flecken per Wirtschaftlichkeitslückenförderung ausgeschrieben werden kann. Der Ausbau wird dann von 2022-2024 durchgeführt. Für den kommenden WRI ist ein Bericht dazu vorgesehen.*

### **zu 5.2    Anregungen für die nächste Sitzung**

Herr Köppen regt an, Fragen bezüglich des Polizeibeirats vorab über das Kreistagsbüro einzureichen, um die Sitzungszeit möglichst kurz zu halten.

## **zu 6      Einwohnerfragestunde II**

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger  
(Protokollführung)